Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4556

08. 05. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Ernst Schwanhold, Doris Odendahl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/3263 –

Bündnis für Arbeit

b) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3613 –

Beschäftigungschancen des ökologischen Umbaus sofort nutzen: Bündnis für Umwelt und Arbeit

A. Problem

Nach übereinstimmender Auffassung der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen sowie der Bundesregierung ist der Abbau der Arbeitslosigkeit Ziel Nummer Eins der Politik. Die auf Initiative der IG Metall für ein Bündnis für Arbeit zustande gekommenen Gespräche dienen diesem Ziel. Die Tarifvertragsparteien können ihr Problem jedoch allein nicht lösen. In einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik geht es darum, arbeitsmarktpolitische, soziale und ökologische Maßnahmen zu ergreifen.

Die antragstellenden Fraktionen haben die von ihnen in der Vergangenheit geäußerten Forderungen in diesem Zusammenhang mit den vorliegenden Anträgen bekräftigt.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge. Die Bundesregierung hat aufgrund der Gespräche mit den Tarifparteien ein Maßnahmenbündel zur Konsolidierung des Staatshaushaltes und zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen vorgelegt, mit dem den angesprochenen Problemen begegnet werden kann.

Mehrheit im Ausschuß.

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Nicht ermittelt, da Ablehnung der Anträge.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- den Antrag auf Drucksache 13/3263,
- den Antrag auf Drucksache 13/3613

abzulehnen.

Bonn, den 24. April 1996

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Ulrike Mascher	**Andreas Storm**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Andreas Storm

A. Allgemeiner Teil

I.

Der von den Abgeordneten Ottmar Schreiner, Ernst Schwanhold, Doris Odendahl, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der SPD eingebrachte Antrag auf Drucksache 13/3263 wurde vom Deutschen Bundestag in dessen 83. Sitzung vom 1. Februar 1996 dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und dem Finanzausschuß, dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

In derselben Sitzung wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/3613 dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und dem Finanzausschuß, dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt Stellung genommen:

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung vom 6. März 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

In derselben Sitzung hat er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/3613 abzulehnen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 30. Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS, bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/3263 abzulehnen.

Den Antrag auf Drucksache 13/3613 hat er in seiner 30. Sitzung vom 17. April 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS ebenfalls abgelehnt.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung vom 17. April 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/3263 abzulehnen.

In derselben Sitzung hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung einiger Mitglieder der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/3613 abzulehnen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung vom 13. März 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/3263 abzulehnen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 30. Sitzung vom 17. April 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/3613 abzulehnen.

II.

Mit dem Antrag auf Drucksache 13/3263 fordert die antragstellende Fraktion die Bundesregierung auf, ein Maßnahmenbündel zur Wiedergewinnung eines beschäftigungswirksamen und ökologisch verträglichen Wirtschaftswachstums vorzulegen, die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und Sozialhilfegesetz nicht zu verschlechtern, die Integration und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in das Arbeitsleben weiter zu erleichtern, ein Vorschlag zur gesetzlichen Verankerung des finanziellen Ausgleichs zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben vorzulegen, Vorschläge für steuerliche Anreize für jene Betriebe zu unterbreiten, die über ihren Bedarf hinaus ausbilden, sowie Vorschläge vorzulegen, die es ermöglichen, daß in den nächsten Jahren in Ostdeutschland jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Wegen Einzelheiten wird auf die Drucksache verwiesen.

Im Antrag auf Drucksache 13/3613 fordert die antragstellende Fraktion die Bundesregierung auf, ein Programm Arbeit und Umwelt vorzulegen, das u. a. anderem folgende Komponenten umfassen soll:

- Verzicht auf Leistungskürzung im Sozialbereich,
- eine Reform des Arbeitszeitgesetzes mit dem Ziel, flexible Modelle der Arbeitszeitverkürzung, Gestaltung auf der Basis von Zeitkonten bei einer Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu vereinbaren,

- Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter bei der Gestaltung der Arbeitszeit zu verbessern,
- die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch einen zweckgebundenen Bundeszuschlag an die Bundesanstalt für Arbeit zu gewährleisten,
- zu prüfen, mit welchen Mitteln die Finanzierungsbasis der Sozialversicherung durch die Einbeziehung neuer Personenkreise wie Selbständige und Beamten erweitert werden kann,
- zu prüfen, inwieweit die bestehenden Möglichkeiten zur Höherversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgebaut und auf die Arbeitslosenversicherung übertragen werden können,
- die Instrumentarien der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu überprüfen und mit Qualifikationselementen zu koppeln,
- das Einkommensteuerrecht grundlegend zu reformieren und eine ökologisch-soziale Steuerreform einzuleiten, die den Energieverbrauch belastet sowie Anreize für ökologisch orientierte Innovationen setzt.

Wegen der Einzelheiten wird auch hier auf die Drucksache 13/3613 verwiesen.

III.

In der Ausschußberatung bezogen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der SPD zur Begründung ihres Antrags auf die Initiative der IG Metall für ein Bündnis für Arbeit. Sie vertraten die Auffassung, daß inzwischen nur noch die Gewerkschaften an den beim Kanzler getroffenen Vereinbarungen festhielten. Als Vorleistungen hätte seitens der Bundesregierung der Verzicht auf Kürzungen im Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz/Asylbewerberleistungsgesetz, bei der Sozialhilfe und auf eine Verschlechterung im Arbeitsförderungsgesetz erbracht werden sollen. Inzwischen seien diese Verschlechterungen bei der Koalition aber beschlossene Sache. Deswegen sei es notwendig, die Initiativen für ein Bündnis für Arbeit parlamentarisch zu unterstützen. Es sei ein grundsätzlicher Irrtum der Bundesregierung, daß sie seit 1982 drei Millionen mehr Arbeitsplätze geschaffen habe. Zwar gebe es drei Millionen mehr Erwerbstätige, dies korreliere aber nicht mit einer entsprechenden Zunahme der Arbeitsplätze. Allein ein Drittel des Zuwachses sei auf die Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen. Die Höhe der Staatsquote sei ausschließlich auf die verfehlte Finanzierung der deutschen Einheit zurückzuführen. Ein Umsteuern der Beiträge für Sozialversicherung auf Energiesteuern sei die wirksamste Hilfe für den Arbeitsmarkt. Neben der ökologischen Steuerreform seien wesentliche Elemente für den Abbau der Arbeitslosigkeit die Arbeitszeitpolitik und eine Verbesserung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums. Ein größerer Beitrag könne auch durch die Ausweitung häuslicher Dienstleistungen erbracht werden. Das starke Paket der Bundesregierung werde die Arbeitslosigkeit dagegen in jedem Fall weiter wesentlich verschärfen. Mit ihm wurde breiten Schichten der Bevölkerung massiv Kaufkraft entzogen. Vorschläge, wie man den ökonomisch mißlungenen Wiederaufbau in Ostdeutschland begegnen solle, lege die Bundesregierung nicht vor. Weiterhin fehle auch ein schärferes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und andere Reduzierungen des ungerechten Ehegattensplittings. Schon sieben Tage nach der Vereinbarung beim Kanzler sei die Koalition mit ihrem 50-Punkte-Horror-Katalog an die Öffentlichkeit getreten. Damit habe sie jedes Bemühen um ein Bündnis für Arbeit konterkariert.

Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sahen das Parlament nunmehr in der Verantwortung, das Versprechen des Bundeskanzlers, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu halbieren, parlamentarisch zu begleiten. Am Arbeitsmarkt gebe es keinen Tendenzwandel. Im Gegenteil würden die Zahlen immer dramatischer. Hier sei eine Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung festzustellen. Die Frage nach der Höhe der Staatsquote sei auch eine Frage danach, welchen Leistungsumfang man sich leisten wolle. Wolle man z. B. alle medizinischen Möglichkeiten ausnutzen, dann müsse man auch bereit sein, dafür zu bezahlen. Dies müsse den Bürgern auch verdeutlicht werden. Die katastrophale Situation fordere neue Wege bei der Problemlösung. Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien dagegen verhielten sich völlig strukturkonservativ.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sahen es als wesentlichen Beitrag der Koalitionsfraktionen, mit einem ganzen Maßnahmenbündel der Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung zu begegnen. Die beabsichtigten Maßnahmen enthielten neue Ansätze. Zum einen gehe es darum, neue Arbeitsfelder und neue Arbeitgeber zu schaffen. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für das Anbieten neuer Arbeitsplätze. Der zweite Schritt sei eine Vereinfachung des gesamten Steuerrechts. Das geltende Steuerrecht lähme inzwischen die Wirtschaft in hohem Maße. Schließlich müsse das Problem der Lohnnebenkosten durch eine Senkung der Sozialbeiträge angegangen werden. Allerdings hätten unabhängige Studien ergeben, daß die Bezahlung von versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln statt aus Beiträgen nicht immer positive Effekte auf den Arbeitsmarkt hätten. Die Umweltpolitik könne nicht über Steuern geregelt werden. Neue Steuern seien für den Wirtschaftsstandort schädlich. Auch hierzu habe die Bundesregierung eigene Konzepte vorgelegt. Man müsse in der Debatte über die Arbeitslosigkeit auch unangenehme Wahrheit zur Kenntnis nehmen. Es sei nicht nachzuvollziehen, daß Schüler länger in der Schule seien als Lehrlinge in der Ausbildung. Deshalb sei eine Verlängerung der Arbeitszeit für Auszubildende auf 40 Stunden pro Woche angemessen. Hier wie bei einer Zurückhaltung bei den Tarifverträgen lägen die Schlüssel für positive arbeitsmarktpolitische Effekte. Wie bei einer Ökosteuer Unternehmen nach Art einer Gießerei oder einer Chlorfabrik erhalten bleiben sollen, sei nicht erkennbar. Schweden habe einen vernünftigen Umbau vorexerziert. Dagegen höre man bei der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland teilweise nur die üblichen Sozialneidparolen bis hin zum Klassenkampf. Es gebe ein erhebliches Potential an Arbeitsplätzen, was sich allein dadurch ergebe, daß 1995 noch eine Million Ar-

beitserlaubnisse von Arbeitnehmern außerhalb der Europäischen Union ausgestellt worden seien. Die Fraktion der SPD mache es sich in ihrer Argumentation dagegen zu einfach.

Die Mitglieder der Fraktion der F.D.P. schlossen sich im wesentlichen den Ausführungen des Koalitionspartners an. Sie bedauerten, daß bei arbeitsmarktpolitischen Debatten im Ausschuß immer wieder dieselben Diskussionen geführt würden. Seitens der Betroffenen, insbesondere der Gewerkschaften, sei die notwendige Flexibilität nicht immer zu finden. Beim Thema „Abbau von Überstunden" müsse man fragen, warum hier wenig Erfolg zu verzeichnen sei. Man müsse sich ernsthafter als bisher geschehen mit Einstellungshindernissen auseinandersetzen. Es gebe auf der anderen politischen Seite geradezu Diskussionsverbote, die die Politik in der Umsetzung notwendiger Maßnahmen lähme. Man könne nicht immer nur über das relativ bescheidene Instrumentarium der Arbeitsämter reden.

Die Vertreter der Gruppe der PDS sahen bei den Bürgerinnen und Bürgern die Bereitschaft zur Einsparung. Dies sei das Resultat einer Kampagne, die die Bundesregierung aus Steuermitteln finanziert habe. Dagegen fehle eine Auseinandersetzung mit der ungerechten Vermögensverteilung. Die Bundesregierung falle immer wieder auf alte Modelle zurück, die im letzten Jahrzehnt versagt hätten. Die Lebensarbeitszeit in einer Zeit zu verlängern, in der zuwenig Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, sei völlig falsch. Durch die Fortführung des Sozialabbaus durch die Bundesregierung sei die Geschäftsgrundlage für das angestrebte Bündnis für Arbeit entfallen. Was dieses schaffe, seien höchstens zusätzliche Arbeitsplätze, die nicht sozialversicherungspflichtig seien. Ein Versuch, dies einzuführen, sei die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen seien aufgerufen, viel stärker über die Förderung des Binnenmarktes nachzudenken statt immer nur über Exportförderung zu reden.

Bonn, den 21. April 1996

Andreas Storm

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333